



---

*Ausschuss für Kultur und Bildung  
Die Vorsitzende*

---

3.10.2024

Herrn  
Johan Van Overtveldt  
Vorsitzender  
Haushaltsausschuss  
BRÜSSEL

Betrifft: Stellungnahme zu dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2025 – alle Einzelpläne (COM(2024)0300 – C10-00482/2024 – 2024/0176(BUD))

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Rahmen des genannten Verfahrens wurde der Ausschuss für Kultur und Bildung beauftragt, Ihrem Ausschuss eine Stellungnahme vorzulegen. Der Ausschuss beschloss in seiner Sitzung vom 23. Juli 2024, diese Stellungnahme in Form eines Schreibens zu übermitteln. Der Gegenstand wurde im Ausschuss geprüft und die Stellungnahme am 12. September 2024 im schriftlichen Verfahren gebilligt.

Am 3. Oktober 2024 hat der Ausschuss für Kultur und Bildung den folgenden Standpunkt angenommen<sup>1</sup>, und ich ersuche den federführenden Haushaltsausschuss, die folgenden Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Nela Riehl

---

<sup>1</sup> Bei der Schlussabstimmung waren anwesend: Nela Riehl (Vorsitzende, Verfasserin der Stellungnahme), Bogdan Andrzej Zdrojewski (stellvertretender Vorsitzender), Hristo Petrov (stellvertretender Vorsitzender), Emma Rafowicz (stellvertretende Vorsitzende), Diana Riba i Giner (stellvertretende Vorsitzende), Lara Magoni, Marco Squarta, Ivaylo Valchev, Sunčana Glavak, Giusi Princi, Manuela Ripa, Zala Tomašič, Annamária Vicsek, Laurence Farrang, Nikola Minchev, Hristo Petrov, Hannes Heide, Nikos Papandreou, Sandro Ruotolo, Joanna Scheuring-Wielgus, Carolina Morace, Nikos Pappas, Catherine Griset, Malika Sorel, Zsuzsanna Borvendég, Hélder Sousa Silva (in Vertretung von Alma Ezcurra Almansa), Gerolf Annemans (in Vertretung von Afroditi Latinopoulou), Dimitris Tsiodras (in Vertretung von Eleonora Meleti) und Gheorghe Cărciu (in Vertretung von Gabriela Firea gemäß Artikel 216 Absatz 7 der Geschäftsordnung).

## STELLUNGNAHME

1. spricht sich entschieden gegen die Kürzungen des Rates im Haushaltsplan 2025 aus, insbesondere beim Programm Erasmus+, einem der erfolgreichsten Programme der Union, das eine strategische Investition in die Zukunft junger Menschen darstellt;
2. beschließt daher, die Haushaltslinien für Erasmus+ (+ 58 Mio. EUR), Kreatives Europa (+ 48 Mio. EUR) und das Europäische Solidaritätskorps (ESC) (+ 5 Mio. EUR) aufzustocken;
3. hebt hervor, dass im Hinblick auf die Bewältigung zahlreicher Krisen, darunter der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Inflation, die Kultur- und Kreativbranchen und die Kultur- und Kreativwirtschaft, Journalisten und Medienschaffende sowie der Bildungssektor unterstützt werden müssen;
4. hebt die Rolle von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps dabei hervor, junge Menschen darin zu bestärken, sich in das demokratische Leben in Europa einzubringen; unterstützt junge Menschen, die sich als Freiwillige und bei Solidaritätsmaßnahmen engagieren; betont, dass Betriebskostenzuschüsse für Jugendorganisationen erhöht werden müssen und staatsbürgerliche Bildung unterstützt und der zunehmenden Überzeichnung des Europäischen Solidaritätskorps Rechnung getragen werden muss;
5. hebt führende Initiativen im Rahmen von Erasmus+ hervor, die durch Mobilität und Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Lernen zum Aufbau eines europäischen Bildungsraums beitragen; betont, dass es Anstrengungen bedarf, um die Beteiligung auszuweiten und die Ziele in den Bereichen Inklusion, Umwelt, Digitalisierung und Mobilität zu erreichen;
6. betont, dass der Sport im Rahmen von Erasmus+ unterstützt werden muss, um die Rolle des Sports bei der Verbesserung der physischen und psychischen Gesundheit und der sozialen Inklusion zu fördern und um Diskriminierung zu bekämpfen;
7. spricht sich nachdrücklich gegen jegliche Versuche der Kommission aus, nach Ablauf des laufenden Mehrjährigen Finanzrahmens die Mittel für das Programm Erasmus+ zu kürzen;
8. unterstreicht, dass bei Kreatives Europa, dem einzigen EU-Programm, das die Kultur- und Kreativbranchen und die Kultur- und Kreativwirtschaft direkt unterstützt, in Anbetracht der anhaltenden Bemühungen des Sektors, sich von der Pandemie zu erholen, alle Teilbereiche deutlich gestärkt werden müssen;
9. fordert eine deutliche Aufstockung des stark überzeichneten Aktionsbereichs Kultur, einschließlich der längst überfälligen zusätzlichen Mittel für die Europäischen Kulturhauptstädte (Preis in Höhe von 1,5 Mio. EUR während der letzten 15 Jahre) und der Mittel, die erforderlich sind, um den Aktionsbereich an die Prioritäten und den EU-Arbeitsplan für Kultur 2023-2026 anzupassen;
10. weist darauf hin, dass der Aktionsbereich MEDIA die Umsetzung der Richtlinie über

audiovisuelle Mediendienste (AVMSD) und des vor kurzem verabschiedeten Europäischen Medienfreiheitsgesetzes (EMFA) begleitet, wobei Letzteres noch nicht eingeplant war, als die Haushaltslinie des MFR ursprünglich berechnet wurde;

11. betont, dass der audiovisuelle Sektor und europäische Talente im Medienbereich unterstützt werden müssen, indem ihre Vielfältigkeit gefördert und ihre Nachhaltigkeit auf wirtschaftlicher Ebene und eine gerechte Vergütung im digitalen Umfeld unterstützt wird;
12. bekräftigt, dass redaktionelle und Nachrichtenmedien unterstützt werden müssen, einschließlich Journalisten, die mit strukturellen und technologischen Veränderungen konfrontiert sind, welche zu massiver Desinformation und sich ausbreitenden Nachrichtenwüsten führen;
13. verweist auf die Bedeutung des Aktionsbereichs Bürgerbeteiligung im Rahmen des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, insbesondere hinsichtlich Städtepartnerschaften und Gedenkarbeit.

**ANLAGE: EINRICHTUNGEN ODER PERSONEN, VON DENEN DIE  
VERFASSERIN DER STELLUNGNAHME BEITRÄGE ERHALTEN HAT**

Die Verfasserin der Stellungnahme erklärt unter ihrer ausschließlichen Verantwortung, dass sie keine Beiträge von Einrichtungen oder Personen erhalten hat, die gemäß Anlage I Artikel 8 der Geschäftsordnung in dieser Anlage aufgeführt werden müssen.